

Grußbotschaft Martin Löwenberg an den Zivilklausel-Kongress in der Universität Tübingen am 28./29. Oktober 2011

München, 26. Oktober 2011

Liebe Studierende und Friedensfreund/innen,

ich habe mich über die Einladung zu Eurem Kongress (1) sehr gefreut, kann ihr in meinem 87. Lebensjahr aber leider nicht folgen und möchte deswegen auf diesem Weg einige Worte an Euch richten.

Zuerst einmal einen Dank für Eure Arbeit gegen die Militarisierung der Hochschulen. Den deutschen Militarismus habe ich vor und nach der Befreiung am eigenen Leibe erfahren (2) und immer gegen ihn angekämpft.

Wenn heute in den Medien über den angeblichen „deutschen Pazifismus“ lamentiert wird, so ist das eine Verhöhnung in doppeltem Sinn. Die Bundeswehr ist seit 1999 an Kriegen beteiligt. Die Opfer zweier von deutschem Boden ausgegangener Kriege werden mit solchen Redensarten ein zweites Mal getötet. Völlig verdrängt werden die Lehren daraus, die mit den „vier D's“ (3) als gesellschaftlichem Nachkriegskonsens über alle politischen und weltanschaulichen Strömungen hinweg gezogen worden sind.

Das erste D stand für Demilitarisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens, d. h. für die Ausschaltung der Strukturen des „Befehl und Gehorsam“, des tief verwurzelten Kadavergehorsams, z. B. in der Erziehung, der Arbeit, der Verwaltung und in den Köpfen. Es ging um einen radikaler Bruch mit der militaristischen Vergangenheit und um den Aufbau einer neuen, demokratischen Gesellschaft.

Das Studium der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte ist von größter Bedeutung, weil es heute erneut um die Demilitarisierung der Außenpolitik und des öffentlichen Lebens geht. Alles begann in den 50er Jahren mit der Wiederbewaffnung und dem NATO-Beitritt. Nur eine einzige Begebenheit aus den großen Protesten gegen die Remilitarisierung möchte ich in Erinnerung rufen, die zu den schwersten Augenblicken in meinem Leben zählt. An der Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung am Pfingstsonntag 1952 hatte ich Seite an Seite mit meinem Gewerkschaftskollegen Philipp Müller in Essen teilgenommen. Zwei Polizeikugeln hatten meinen Freund in den Rücken und ins Herz getroffen. Ich musste seiner Mutter gegenüber treten und ihr den Tod ihres Sohnes mitteilen. Doch noch ein zweites: Wegen meines politischen Engagements kam ich 1958 und 1962 jeweils für acht Monate in Einzelhaft ins Gefängnis München-Stadelheim.

Ich habe nie aufgehört, über Militarismus, Rassismus und Neofaschismus aufzuklären und dagegen tätig zu werden. Zum Aufruf „Nicht in unserem Namen“ zur NATO-Sicherheitskonferenz im letzten Jahr hatte ich folgendes aufgeschrieben: **„Die erste politische Veranstaltung, auf der ich nach unserer Befreiung am 7. Mai 1945 aus dem KZ-Außenlager Leitmeritz gesprochen habe, stand unter dem Motto ‚mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen‘. Dieser Leitsatz hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die Deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. Darum bekämpfe ich auch heute noch den verfluchten deutschen Militarismus bei Gelöbnissen, Sicherheitskonferenzen und im Alltag.“**

Die Rolle des Chefs der NATO-Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger und seiner Vorgänger ist mir also bekannt und ich habe mich mit seinen Positionen auseinander gesetzt (4). Ich bin empört darüber, dass ein solcher Kriegstreiber zum Honorarprofessor an der Universität Tübingen bestellt worden ist. Eure Forderung nach Beendigung dieser Honorarprofessur unterstütze ich von ganzem Herzen ebenso wie die Forderung nach Beendigung der Rüstungsforschungsprogramme.



Am Gedenkstein des ehemaligen SS-Schießplatzes Hebertshausen nahe der KZ-Gedenkstätte Dachau

Wie ich in diesem Zusammenhang mit Freude gehört habe, hat der Bundeskongress meiner Gewerkschaft ver.di die Friedensverpflichtung durch Zivilklauseln für alle Hochschulen gefordert (5). Und ebenso gefreut habe ich mich über die aktuelle Meldung (6), dass es einer Protestbewegung in Hamburg gelungen ist, dass die beabsichtigten Etatkürzungen für die Hochschulen zurück genommen werden mussten und die Studiengebühren abgeschafft werden. Die gewerkschaftlichen Initiatoren sprechen von einer qualitativ neuen Einheit zwischen Studierenden und Beschäftigten, die gegen befristete Verträge und gegen die Einschränkung der Hochschulfreiheit aus Personalversammlungen heraus auf eine Großdemonstration gezogen sind.

Für diese Einheit aller Menschen und politischen Gruppierungen für Freiheit und Demokratie, gegen Rüstung und Krieg und für ausschließlich zivile Konfliktlösungen habe ich mich ein Leben lang eingesetzt. In diesem Sinne wünsche ich dem Kongress viel Erfolg.

Machen wir aus diesem Land ein dauerhaft antimilitaristisches, freiheitliches Gemeinwesen. Das ist das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes.

Anmerkungen:

- (1) Kongressadresse
<http://zivilklauselkongress.blogspot.de/>
- (2) Homepage Martin Löwenberg und Wikipedia
<http://www.martinloewenberg.de>
http://de.wikipedia.org/wiki/Martin_L%C3%B6wenberg
Martin Löwenberg (* 12. Mai 1925 in Breslau/Schlesien) ist ein deutscher Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und Verfolgter des Naziregimes, ehemaliger KZ-Häftling und Überlebender des Holocaust. Löwenberg war KZ-Häftling und Zwangsarbeiter, Gründungsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Als NS-Verfolgter und ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand berichtet Martin Löwenberg in zahllosen Zeitzeugengesprächen an Schulen und bei Veranstaltungen.
- (3) **D**emilitarisierung **D**enazifizierung **D**emonopolisierung **D**emokratisierung, s. Ostermarsch-Rede 2005
<http://www.martinloewenberg.de/reden.html>
- (4) Leserbrief 23.12.2008 an Süddeutsche Zeitung
(Text unten)
- (5) Beschluss 244 des ver.di-Bundeskongresses 2011 in Leipzig <http://bundeskongress2011.verdi.de/antraege/antrag.html?cat=A&sort=244&aid=12593>
- (6) Interview junge Welt 25.10.11 <http://www.jungewelt.de/2011/10-25/035.php>

Unverantwortliches Geschichtsbild

Außenansicht: Das Gute an der Krise / SZ vom 15. Dezember

Es ist erschreckend, wenn der deutsche Spitzendiplomat und jetzige Leiter der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, Wolfgang Ischinger, behauptet, der Zweite Weltkrieg sei durch „die große Krise Europas“ hervorgerufen worden. Das bedeutet unter anderem eine geschichtsrevisionistische Verschleierung der Verantwortung Deutschlands: Der Zweite Weltkrieg wurde nicht „hervorgerufen“. Das nationalsozialistische Deutschland und die deutsche Wehrmacht haben nach einer staatlich geplanten Phase gezielter Hochrüstung zum Profit der deutschen Industrie einen verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg geführt. Ohne diesen Krieg und ohne die Wehrmacht wäre auch die Shoah nicht möglich gewesen.

Wolfgang Ischinger behauptet weiter, die EU wäre ohne zwei Weltkriege nie zustande gekommen. Wenn man ihn beim Wort und damit ernst nimmt, besagt seine Argumentation damit, dass Millionen Menschen in den Folterkellern der SS, der Gestapo und in den Konzentrationslagern ebenso wie Millionen Zivilisten und Soldaten sterben

Grafik Dietrich Schulze
zur Ringvorlesungsreihe (Studium Generale) der Uni Tübingen
„Zum Frieden verpflichtet: Chancen und Herausforderungen der Tübinger Zivilklausel“ 18. Okt. 2011 - 31. Jan. 2012

DEUTSCHLAND BESORGT SCHON WIEDER DEN WELTFRIEDEN. MIT KRISENDIPLOMATIE FÜR KONFLIKTPRÄVENTION DURCH HUMANITÄRE INTERVENTIONEN DER BUNDESWEHR. EIN NEUES OLIVGRÜNES GESCHLECHT VON ERFINDERISCHEN ZWergen AUS TÜBINGEN, KARLSRUHE UND ANDERSWOHER SCHRAUBT MIT AN PRIMA MINIDROHNEN. DARAUFGIBT EIN DREIFACHES HURRAH!

Mehr Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

mussten, um laut dem Autor zu einer solchen Errungenschaft wie der EU zu kommen.

Diese Aussage impliziert, dass es keine Alternative zum Krieg und zur industriellen Vernichtung von Millionen Menschen gegeben hätte. Das bisher größte Menschenverbrechen erscheint also plötzlich als alternativloser Automatismus der Herrschaftsgeschichte. Das verhöhnt noch nachträglich all jene, die frühzeitig vor den Gefahren des deutschen Faschismus gewarnt hatten und entschuldigt dafür all jene, die das NS-Regime starkgemacht, von ihm profitiert und es bis zu Schluss getragen haben. In Zeiten, in denen rassistische, antisemitische, militaristische und offen nationalsozialistische Positionen und Bewegungen in Deutschland wieder an Einfluss gewinnen, ist ein solches Geschichtsbild sicher nicht geeignet, jungen Menschen ihre aktive Verantwortung für die Gestaltung einer Zukunft ohne Krieg und Rassismus zu vermitteln.

Es dürfte außerdem unstrittig sein, dass der deutsche Militarismus und das Großmachtstreben des deutschen Kaiserreichs für den Ersten Weltkrieg maßgeblich verantwortlich gewesen sind – und nicht eine abstrakt behauptete „große Krise Europas“.

Martin Löwenberg, München